



„Herr Orban hat keinen Platz mehr in der EVP. Ich sehe viele Unvereinbarkeiten zwischen seinen Worten und den christlich-demokratischen Werten, auf denen die EVP-Familie gegründet ist.“

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker



Kanzler Kurz gegen Vergleich FPÖ mit AfD

MÜNCHEN (APA). Bundeskanzler **Sebastian Kurz** hat den Koalitionspartner FPÖ gegen Vergleiche mit der rechtspopulistischen deutschen AfD (Alternative für Deutschland) in Schutz genommen. „Gewisse Dinge“, die bei der AfD stattfänden, „wären bei uns undenkbar“, sagte Kurz am Rande einer Kundgebung der CSU zur bayerischen Landtagswahl am Freitagabend.

Katalanen gegen Separatismus

BARCELONA (dpa). Zehntausende Katalanen haben am Freitag anlässlich des spanischen Nationalfeiertages für die Einheit Spaniens und gegen den Separatismus der Regionalregierung demonstriert.

Einreiseverbot für US-Studentin

WASHINGTON (APA/AFP). Ein israelisches Gericht hat die Einreiseperrre gegen eine US-Studentin bestätigt, die seit eineinhalb Wochen auf dem Flughafen von Tel Aviv feststeht, weil sie eine propalästinensische Boykottbewegung gegen Israel unterstützt haben soll. Das Gericht wies Alqasems Einspruch gegen die Einreiseperrre zurück, äußerte sich aber nicht dazu, ob die 22-Jährige nun in die USA zurückgeschickt werden soll.

Kein Pakt mit den Grünen

WAHLKAMPFFINALE IN BAYERN: Ministerpräsident Söder hält Grüne für nicht koalitionsfähig

MÜNCHEN (dpa). Parteien-Endspurt vor der mit Spannung erwarteten Landtagswahl in Bayern: Mit letzten Großkundgebungen wollten die seit Monaten in Umfragen kriselnde CSU und SPD nochmals um das Vertrauen der Bürger werben. Beide Parteien sind kurz vor der Wahl am Sonntag in schwierigen Positionen.

Die Umfragen sagen Christsozialen wie Sozialdemokraten massive Verluste voraus. Die CSU von Ministerpräsident Markus Söder und Parteichef Horst Seehofer wird demnach ihre absolute Mehrheit verlieren und muss sich möglicherweise sogar mehrere Koalitionspartner suchen. Die Demoskopien sahen sie zuletzt bei Werten zwischen 33 und 35 Prozent, die SPD nur noch bei 11 bis 12 Prozent.

Das stabilste Bündnis bei einem Verlust der absoluten CSU-Mehrheit wäre eines mit den



Der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) auf einem zerstörten Wahlplakat. APA/afp/CHRISTOF STACHE

Grünen. Söder äußerte sich unmissbar vor der Wahl jedoch skeptisch hinsichtlich Schwarz-Grün: „Das Programm der Grünen ist aus meiner Sicht so in der Form nicht koalitionsfähig“, sagte er am Freitag im ZDF-„Morgenmagazin“. „Das wirkt zwar frisch, aber das Programm ist uralte.“ Vor allem bei der inneren Sicherheit wollten die Grünen al-

les zurückdrehen, was die CSU beschlossen habe. Er könne sich bei den inhaltlichen Unterschieden eine Zusammenarbeit derzeit kaum vorstellen.

Grünen-Spitzenkandidatin Katharina Schulze sagte dem Sender n-tv, das letzte Wort hätten jetzt die Bürger. „Am Sonntag wird gewählt, dann wissen wir wie viel Prozent welche Par-

tei hat. Anders als vor einem Jahr bei der Bundestagswahl verzichtete die CSU auch bei ihrer Schlusskundgebung in München auf Hilfe von Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Stattdessen wollte Söder mit Parteichef Horst Seehofer und dem österreichischen Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) auftreten.

© Alle Rechte vorbehalten



„No-TAV“-Aktivisten verurteilt

ROM (mit). Mit 16 Verurteilungen und 3 Freisprüchen ist in Turin ein Prozess gegen Aktivisten der sogenannten „No-TAV“-Bewegung zu Ende gegangen, die sich gegen den Bau einer Bahn-Hochgeschwindigkeitsstrecke im piemontesischen Susa-Tal wehrt. Strafen für insgesamt 30 Jahre Haft wurden verhängt. Die Staatsanwaltschaft hatte Strafen von insgesamt 70 Jahren gefordert. Die höchste Strafe erhielt eine 73-jährige Pensionistin, eine ehemalige Griechischlehrerin, die zu 3 Jahren und 10 Monaten Haft verurteilt wurde.

72 Millionen Euro für Anwohner

ROM (mit). Die Regierung Conte macht 72 Millionen Euro für die rund 600 Menschen in Genua locker, die nach dem Brückeneinsturz ihre Wohnung verloren haben.

Spekulationen über Regierungskrise

BREXIT: Mögliche Zugeständnisse in der Frage der Zollunion könnten zum Rücktritt mehrerer Minister führen

LONDON (dpa). Der Streit in Großbritannien um Zugeständnisse bei den Brexit-Gesprächen hat Spekulationen über eine neue Regierungskrise befeuert. Berichten zufolge erwägt Premierministerin Theresa May, einer zeitlich unbefristeten Mitgliedschaft in der Europäischen Zollunion zuzustimmen, sollte keine bessere Lösung für die knifflige Frage um die irische Grenze gefunden werden. Das löste Mutmaßungen aus, mehrere Kabinettsmitglieder könnten aus Protest dagegen zurücktreten.

Bei einer Sitzung wichtiger

Kabinettsmitglieder soll May ihre Minister auf die Zugeständnisse vorbereitet haben. Befürworter eines klaren Bruchs mit Brüssel im Kabinett hätten darauf ihr Unbehagen zum Ausdruck gebracht, berichtete die BBC. Darunter Außenminister Jeremy Hunt, Umweltminister Michael Gove, Handelsminister Liam Fox und Brexit-Minister Dominic Raab. Fox und Raab gelten als mögliche Rücktrittskandidaten. Erst im Juli hatten Raabs Vorgänger David Davis und der damalige Außenminister Boris Johnson im Streit um Mays Brexit-Pläne ihr Amt nie-



Theresa May vor ihrem Amtssitz. APA/afp/ADRIAN DENNIS

dergelegt. Noch am Dienstag hatte Raab eine unbefristete Mitgliedschaft Großbritanniens in der Europäischen Zollunion im Parlament kategorisch ausgeschlossen. Ein Zugeständnis Londons in der Frage gilt aber als Voraussetzung für eine baldige Einigung über das Brexit-Abkommen mit Brüssel. Bereits in der kommenden Woche will die EU, dass ein Abkommen Reichweite ist. Zuletzt hatte es Zeichen für eine Annäherung gegeben.

Doch auch im Parlament gibt es heftigen Widerstand gegen Zugeständnisse.

© Alle Rechte vorbehalten

KURZ NOTIERT

Der Kreml hat vor schweren Folgen des ukrainischen Strebens nach kirchlicher Unabhängigkeit von Russland gewarnt.

Nordirlands Unternehmer fürchten wirtschaftliche Verluste durch den Brexit.

Der in Deutschland gefasste Verdächtige im Fall der ermordeten bulgarischen Journalistin Viktoria Marinowa sitzt nach Angaben der deutschen Justiz in Auslieferungshaft.

EUROPA-SPLITTER

Referenden auch in Europa?

DIREKTE DEMOKRATIE: Volksbegehren in Wien und Rom aus europäischer Perspektive

Diese Woche wurde der Erfolg der Volksbegehren zum Nichtraucherschutz als auch zu Frauenangelegenheiten gefeiert. Selbst das dritte österreichische Volksbegehren, jenes zu den TV-Gebühren, konnte weit mehr als die 100.000 Stimmen gewinnen, die notwendig sind, damit das Anliegen im Parlament diskutiert wird. Das Volksbegehren zum Nichtraucherschutz ist mit 881.569 Unterschriften sogar das sechsterfolgreichste Volksbegehren der Republik. Gebunden ist die Regierung nicht daran. Es gibt bislang auch keine Anzeichen, dass die Regierung die Angelegenheit einer Volksabstimmung unterwerfen würde, die dann tatsächlich bindend wäre. Während es in Österreich kaum zu Volksabstimmungen kam (sieht man von den berühmten Beispielen des Atomkraftwerks Zwentendorf und des Beitritts zur EU ab), so besteht viel Erfahrung mit Volksbegehren: Über 40-mal hat das Volk bereits sein Begehren formell bekundet. Während in Italien auf natio-



Pro und contra Volksentscheide in Europa.

naler Ebene kein starkes direktdemokratisches Initiativrecht besteht, so ist die direkte Demokratie hier stark ausgebildet. Gibt es doch nicht nur das aufhebende Referendum zu bereits verabschiedeten Gesetzen, sondern auch das bestätigende Referendum bei Verfassungsänderungen. Rund 80 Mal haben sich die Italiener für diesen Zweck an die Urnen begeben. Damit gilt Italien neben anderen EU-Mitgliedstaaten wie Irland und Dänemark aber auch Slowenien, Lettland oder Litauen als Staa-

ten in denen direkte Demokratie relativ präsent ist. Am Ende der Skala werden oft Deutschland oder Zypern genannt. Tatsächlich haben 21 der 28 EU-Mitgliedstaaten Verfassungsbestimmungen zur Abhaltung von nationalen Referenden. In knapp über 10 EU-Mitgliedstaaten ist ein Referendum sogar verpflichtend – nämlich dann, wenn die Verfassung geändert wird. In nahezu 10 EU-Mitgliedstaaten erfordert auch die Ratifizierung eines internationalen Abkommens ein Refe-

rendum. Dazu kommen noch jene Mitgliedstaaten, die eine verpflichtende Volksabstimmung vorsehen für die Absetzung des Präsidenten (Österreich, Slowakei, Rumänien).

Im globalen wie auch im europäischen Schnitt hat der Gebrauch direktdemokratischer Beteiligungsrechte stetig zugenommen wobei in der EU die 90-er Jahre einen Höhepunkt in dieser Hinsicht darstellten. Studien belegen rund 300 nationale Referenden die in den EU-Mitgliedstaaten seit dem zweiten Weltkrieg abgehalten wurden. Rund 50 dieser Abstimmungen betrafen die EU selbst – etwa Fragen der Mitgliedschaft in der EU oder die Ratifizierung von EU-Verträgen.

In den Vereinigten Staaten, Indien oder Japan – alles demokratische Systeme – gab es keine Referenden auf nationaler Ebene. Dies gilt im Übrigen auch für Deutschland, wo direktdemokratische Instrumente nur auf regionaler und lokaler Ebene bestehen.

© Alle Rechte vorbehalten

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



„Dolomiten“: Gibt es EU-Referenden?

Gabriel N. Toggenburg: Es gibt Referenden über die EU. Nicht Referenden der EU. Manche Staaten sehen vor, dass über Änderungen der EU-Verfassung abgestimmt wird. Auf nationaler Ebene. Oder sogar darunter. So kann die deutschsprachige Gemeinschaft in Belgien die Fortentwicklung der EU-Verträge blockieren. Das ist eine Bevölkerungsgruppe kaum größer als 15 Prozent der Bevölkerung Südtirols.

„D“: Wie kommt das?

Toggenburg: Die EU-Verträge können nur einstimmig geändert werden. Und jeder Staat kann bestimmen, wer da wie mitzureden hat.

„D“: In Sachen direkter Demokratie können die Staaten

also machen, was sie wollen?

Toggenburg: Ja, es sei denn EU Recht würde verletzt. Auch das Völkerrecht bietet keinerlei verbindliche Übereinkunft, was denn ein „gutes“, und was ein „schlechtes“, Referendum ist. Wobei es so genannte sanftere Standards gibt. Die renommierte Venedig-Kommission hat 2005 entsprechende Leitlinien verabschiedet.

„D“: Was wäre demnach ein „schlechtes“ Referendum?

Toggenburg: Jedes Referendum muss an die Verfassung gebunden sein. Referenden dürfen nicht das Völkerrecht und die Grundprinzipien des Europarates verletzen.

„D“: Sollte die EU nicht EU-Volksabstimmungen ermöglichen?

Toggenburg: Das bedürfte einer Änderung der EU Verträge. Da ist es besser, jetzt mal die EU-Bürgerinitiative auszubauen und deutlich effizienter zu gestalten.

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz